



Gemeinsam diskutieren wir unsere Listengestaltung der Zukunft

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
214 · Ausgabe BE · August 2024

SP

Welche Spitzenkandidaturen und Reihenfolgen sind das Richtige für unsere Listen? Wie sollen die SP-Listen bei den Wahlen heissen? Und natürlich auch: Wie viele Listen brauchen wir zukünftig? Gemeinsam mit unseren Mitgliedern suchen wir Antworten zu Fragen der Listengestaltung. Schliesslich wollen wir auch bei zukünftigen Wahlen die bestmöglichen Wahlergebnisse für die SP erzielen – und das schaffen wir nur gemeinsam.

Nach den erfolgreichen Nationalratswahlen 2023 hatte die Geschäftsleitung angekündigt, die Listengestaltung vertieft zu diskutieren. Die Listengestaltung war zuvor während des Wahlkampfes bereits Thema: Von Spitzenkandidierenden und Listenreihenfolge über die Listenbezeichnung bis hin zur Anzahl Listen wurde fast alles mindestens einmal in Frage gestellt, bevor wir uns letztlich für ein Vorgehen entschieden.

Letztlich haben sich die Diskussionen gelohnt und das Wahlergebnis bestätigte unser Vorgehen: Die SP Kanton Bern legte bekanntlich um 3,9 % zu und gewann einen zusätzlichen Sitz im Nationalrat. Dennoch diskutierten wir weiter: Denn während die «SP Frauen & Queer»-Liste mit 13,5 % ein absolutes Spitzenresultat erreichte und einen Sitz zulegte, legte die «SP Männer & Queer»-Liste zwar ebenfalls leicht zu, erzielte aber mit 6,3 % einen deutlich niedrigeren Stimmenanteil.

Der bisherige Diskussionsprozess

Die Geschäftsleitung hat eine AG Listengestaltung eingesetzt, welche ein geeignetes

Vorgehen erarbeiten sollte. Das Ziel war dabei immer klar: Wir wollen auch bei zukünftigen Wahlen diejenigen Listen haben, mit denen wir die bestmöglichen Wahlergebnisse für die SP erzielen. Unabhängig davon, wer auf den Listen kandidiert, am Ende können wir die Sitze nur gemeinsam gewinnen. Darum war von Anfang an wichtig, dass die Diskussion zwischen den Wahlen stattfindet und so eine Distanz zu den nächsten Grossrats- oder Nationalratswahlen besteht.

Für einen demokratischen Prozess in dieser enorm wichtigen Frage gilt es, die Meinung aller Mitglieder abzuholen. Die AG beschloss deshalb, dass das Thema breit diskutiert werden soll. Dieser Prozess ist nun angelaufen:

Am 12. August fand ein Austausch statt, zu welchem alle Kandidierenden der Nationalratswahlen 2023 sowie die Präsidien der Unterorganisationen eingeladen waren. Die Anwesenden diskutierten Fragen zum Listennamen, der Reihenfolge der Kandidierenden sowie zu den Listenarten. Erwartungsgemäss ging es dabei hitzig zu und her und in

manchen Punkten wurde man sich nicht einig. Letztlich resultierten aus dem Workshop verschiedene Anträge zu den drei Themengebieten.

Wie weiter? Gemeinsam mit euch!

Im nächsten, wichtigsten Schritt sollen diese Anträge nun von unserer Basis, also euch allen, diskutiert werden. Wir wollen gemeinsam herausfinden, auf welchem Weg wir die SP Kanton Bern für die Zukunft am besten stärken können. Zu diesen Zweck haben wir einen Diskussionsanlass für die gesamte Basis geplant. Über die dort gefällten Beschlüsse wird anschliessend am Parteitag diskutiert und befunden.

Für die Planung sind wir auf eure Hilfe angewiesen: Bitte meldet euch bis am Freitag, 20. September via untenstehenden QR-Code für den Anlass an.

Wir freuen uns darauf, mit euch gemeinsam die Zukunft der Wahllisten der SP Kanton Bern zu diskutieren!

Eckpunkte Diskussionsanlass Listengestaltung



Samstag, 19. Oktober
9–12 Uhr, Hotel Bern,
Bern, alle Mitglieder
der SP Kanton Bern sind
eingeladen.



Ja zum Konkordat über den Kantonswechsel von Moutier

Am 22. September findet eine weitere historische Abstimmung im Zusammenhang mit dem Wechsel von Moutier zum Kanton Jura statt. Die Bevölkerung der Kantone Bern und Jura wird gleichzeitig über denselben Gegenstand abstimmen: das Konkordat.



Maurane Riesen, Grossrätin und Co-Präsidentin Regionalverband Grand Chasseral

Das Konkordat ist das Ergebnis der Verhandlungen über Moutiers Kantonswechsel, verfasst und unterzeichnet von den beiden Kantonsregierungen. Der bernische Grosse Rat und das jurassische Parlament haben den Text im März 2024 angenommen. Das Konkordat bringt Klarheit über die Schritte und die finanziellen Auswirkungen der Güterteilung im Hinblick auf den Wegzug der Gemeinde Moutier in den Kanton Jura. Es ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Lösung der Jurafrage.

Jahrzehntelange Diskussion kommt zu einem Ende

Diese berühmte Frage hat den Berner Jura sowie die beiden Kantone jahrzehntelang beschäftigt. Der Kanton Bern hat zu einer

demokratischen Lösung eines territorial-kulturellen Konflikts beigetragen und kann auf den eingeschlagenen Weg stolz sein. Dieser Prozess kann auf internationaler Ebene als Beispiel dienen, und die Lehren aus den verschiedenen historischen Etappen bringen wertvolle gesellschaftspolitische Erkenntnisse. Es handelt sich um eine demokratische Lösung, bei der die Regeln, Institutionen, Mehrheiten und Minderheiten respektiert werden. Mit der Annahme des Konkordats kommt das Prozedere zu einem guten, würdigen Abschluss. Eine Ablehnung würde den gesamten Prozess blockieren, wäre eine Missachtung der Verpflichtung des Kantons gegenüber seinen Partnern und würde die Situation erneut aufheizen.

Beginn eines neuen Abschnitts für den Kanton Bern

Im Mai dieses Jahres schlossen sich die seit langem gespaltenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des Berner Jura an einem historischen Parteitag in Cortébert wieder zusammen. Die SP mag es bedauern, dass eine Gemeinde, in der die SP eine starke

Kraft ist, das Kantonsgebiet verlässt. Doch die Region möchte ein neues Kapitel aufschlagen und ihre Energie auf ihre Zukunft im Kanton Bern und eine gute interkantonale Zusammenarbeit fokussieren. Ein Ja zum Konkordat ist Ausdruck des Respekts gegenüber dem Volksentscheid in Moutier, dem bisherigen Prozess und den Verpflichtungen des Kantons und der Demokratie.

Die Verfassungsänderung, über die am 22. September ebenfalls abgestimmt wird, ist eine rein formale Bereinigung, da der Begriff des Bezirks obsolet geworden ist. Diese unproblematische Änderung kann unabhängig von der Zukunft von Moutier in Kraft treten.

«Ein Ja ist Ausdruck des Respekts gegenüber dem Volksentscheid in Moutier, dem bisherigen Prozess und den Verpflichtungen des Kantons.»



Wohnraum schützen und Airbnb stoppen

Die SP will im Berner Oberland das wuchernde Airbnb-Geschäft wirksam einschränken. Die Partei hat dazu Volksinitiativen in fünf Gemeinden in der Region Interlaken lanciert. Jürg Müller-Muralt, SP Bödéli-Jungfrau

Airbnb-Kurzzeitvermietungen boomen weltweit – und verursachen immer mehr Probleme. Dauermieterinnen und -mieter werden in grosser Zahl aus ihren Wohnungen verdrängt. So global das Problem, so global der Widerstand: New York zum Beispiel hat die Schraube derart stark angezogen, dass Airbnb in der bisherigen Form faktisch verboten ist. Auch in Wien, in den grossen deutschen Städten, in Barcelona und vielen anderen Grossstädten und Tourismus-Hotspots haben die Behörden den Kampf gegen die Kurzzeitvermietungen aufgenommen.

In der Schweiz floriert das Geschäft mit Airbnb ebenfalls. Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Zuwachs satte 30 Prozent. Im Wachsen inbegriffen ist jedoch auch der Widerstand. Im Berner Oberland hat sich die SP an die Spitze des Kampfes gegen dieses verheerende Geschäftsmodell gestellt. Doch nicht nur die SP, auch Firmen und touristische Unternehmen beklagen zunehmend, dass in der Region Interlaken kaum mehr bezahlbarer Wohnraum für ihre Mitarbeitenden zu finden ist. Denn mit der Verknappung von Wohnraum steigen die Mietzinse auch für langfristige Vermietungen. Mit kurzzeitigen Platt-

formvermietungen kassieren die Anbieter nochmals – oft vier- bis fünfmal mehr – als bei regulär vermieteten Wohnungen.

Nur noch 90 Nächte pro Jahr

Bisher hat man auf diese Fehlentwicklung nur mit zahmen Regulierungen reagiert. Die kürzlich beschlossenen Massnahmen etwa in Interlaken und Unterseen sind wenig wirksam. Die SP greift nun zu schärferen Methoden. Die Ende Mai 2024 gleichzeitig in Interlaken, Matten, Unterseen, Bönigen und Wilderswil lancierten Volksinitiativen verlangen, dass Wohnungen höchstens 90 Nächte pro Jahr kurzzeitig vermietet werden dürfen. Mit der 90-Tage-Regelung würde der so erzielte Jahresertrag auf jenen eines langfristigen Mietverhältnisses gesenkt, was Kurzzeitvermietungen und die damit verbundene Umnutzung von bestehendem Wohnraum weniger attraktiv macht und dementsprechend reduziert. 90-Tage-Regelungen gibt es bereits in den Kantonen Genf, Waadt und Tessin. Die Stadt Luzern hat ebenfalls eine solche beschlossen. Die Luzerner Lösung geht auf eine SP-Initiative zurück, die auch die Initiativen im Raum Interlaken inspiriert hat. Die Beschränkung auf 90 Nächte wurde im Falle

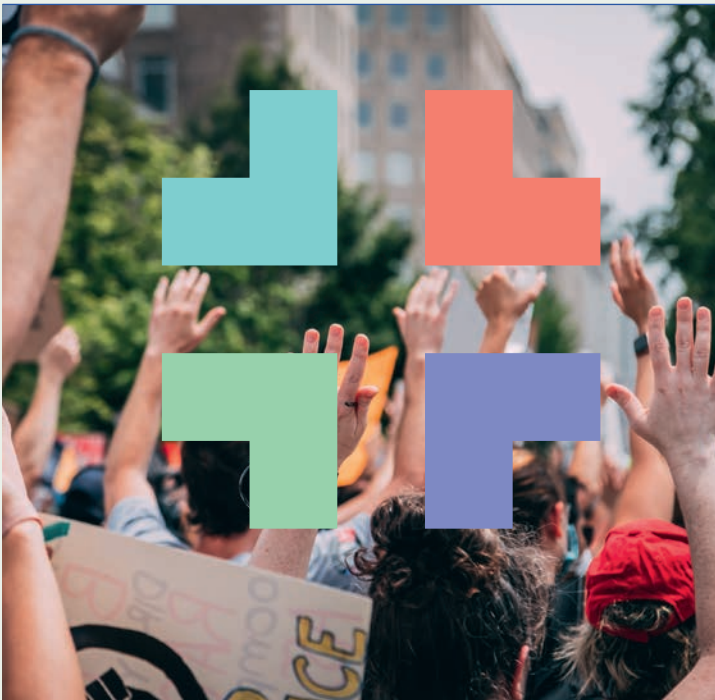
von Genf vom Bundesgericht höchststrichlerlich abgesegnet.

Oberländer Ferienwohnungs-tradition wird respektiert

Wer im eigenen Haus eine Ferienwohnung, ein Studio oder ein einzelnes Gästezimmer zu vermieten hat, ist von der Initiative ausdrücklich nicht betroffen. Diese Vermietungsform hat in vielen Teilen der Schweiz eine lange Tradition und führt für viele Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer zu einem willkommenen Zusatzeinkommen. Das soll so bleiben. Vermieterinnen und Vermieter, welche ganzjährig im gleichen Haus oder in der gleichen Wohnung leben, sollen weiterhin bis zu fünf Betten vermieten dürfen.

VOLKSINITIATIVEN IN FÜNF GEMEINDEN

Die gleichlautenden Volksinitiativen in den fünf Gemeinden Interlaken, Matten, Unterseen, Bönigen und Wilderswil dürfen nur von den in der entsprechenden Gemeinde stimmberechtigten Personen unterschrieben werden. Unterschriftenbögen können für jede der fünf Gemeinden unter folgendem Link bezogen werden:
<https://spboedeli.spbe.ch/positionen>

28. August 2024 : **Parteitag in Bern**22. September: **Abstimmungen**30. Oktober: **Parteitag in Bern**

DEMOKRATIE —INITIATIVE



Mehr als ein Viertel der Schweizer Wohnbevölkerung verfügt nicht über den Schweizer Pass, obwohl viele Betroffene in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind. Die Demokratie-Initiative will das ändern. Wer den Lebensmittelpunkt in der Schweiz hat, soll einen Anspruch auf Einbürgerung geltend machen können. Dafür sollen objektive Einbürgerungskriterien festgelegt werden. Willkürliche und schikanöse Verfahren müssen der Vergangenheit angehören.

Es wird langsam knapp – denn es bleibt nicht mehr viel Zeit, um die nötigen Unterschriften zu sammeln. Wir rufen deshalb unsere Mitglieder dazu auf, die Unterschriftenkarte auszufüllen und zurückzusenden.

Yes, we Kam(ala)!

Wie war ich froh, als bekannt wurde, dass der amerikanische Präsident Joe Biden sich entschieden hatte, nicht mehr zu kandidieren. Und wie freute ich mich, als bekannt wurde, dass Kamala Harris bereit ist, erste Madam President von Amerika zu werden. Endlich eine Frau an der Spitze der Vereinigten Staaten von Amerika ... es wurde aber auch Zeit! Kamala Harris ist die richtige Person für dieses Amt: Sie ist die Garantin, dass die Demokratie in den USA nicht vor die Hunde geht, sie politisiert für die Menschen, ist intelligent, hoch gebildet, einnehmend, rededewandt, hat etwas zu sagen, ist fröhlich und hat das Lachen nicht verlernt.

Eine Frau, die in der Öffentlichkeit laut lacht: Das geht doch nicht! Und kann die das überhaupt als Frau? Dies wurde, kaum hatte sie ihre Kandidatur bekannt gegeben, sofort in den Medien diskutiert. Am schlimmsten in der NZZ, ich zitiere: «Ihre Fans lieben ihr Lachen. Doch der hemmungslose Gefühlsausbruch gehört sich nicht für eine so hohe

Rote Feder



Politikerin. Und nein, diese Kritik hat nichts damit zu tun, dass Kamala Harris eine Frau ist.»

Diese Zeilen aus der NZZ sind einfach nur peinlich! Aber leider werden immer wieder Frauen auf Äusserlichkeiten reduziert, wird ihr Aussehen, ihr Benehmen, ihr Verhalten kommentiert ... alles Dinge, die nichts mit ihrer Arbeit oder ihrem Amt zu tun haben. Fast alle Frauen in öffentlichen Positionen haben das schon erlebt. Auch heute noch.

Ich bin froh, dass es Politikerinnen gibt, die noch lachen können. Sie bringen damit etwas Farbe und Freude in den manchmal doch sehr trockenen und tristen Alltag.

Ich hoffe sehr, dass Kamala Harris die Wahl gewinnt. Die Welt braucht diese kluge Frau, die mit ihrem Lachen wieder Freude in die amerikanische Politik bringt.

Yes we Kam!

Barbara Egger-Jenzer, Alt-Regierungsrätin, Bremgarten

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spkantonbern



@spkantonbern



@spkantonbern